



## Pressemitteilung

29. September 2007  
pm-dir/ma

### **Hambacher Disput 2007: Von Selbstverwirklichung und Solidarität**

**26. Hambacher Disput „Was hält die Gesellschaft zusammen? Freiheit und/oder Solidarität?“ der Landeszentrale für politische Bildung am Samstag, dem 29. September 2007 auf dem Hambacher Schloß**

„Eine demokratische politische Ordnung kann nicht ohne einen sie tragenden gesellschaftlichen Unterbau funktionieren und wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne soziale Integration. Wie der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer schon vor 10 Jahren sagte, bedingen sich soziale Sicherheit und mehr Freiheit, die von einer freiheitlichen Rechtsordnung abgesichert wird. Nur so haben die Menschen eine Basis, um das Leben in die eigene Hand nehmen und sich in der Demokratie einbringen zu können“, hob Dr. Dieter **Schiffmann**, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, in seiner Begrüßung zum **26. Hambacher Disput** der Landeszentrale auf dem Hambacher Schloß hervor. „Die Fundamente des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland müssen wieder stärker in den Brennpunkt der öffentlichen Debatte. Die Probleme von Verunsicherung und nachlassender gesellschaftlicher Integration sind auch eine Herausforderung für die politische Bildung, der wir uns in den nächsten Jahren verstärkt widmen müssen.“

Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung diskutierten heute Experten aus Wissenschaft und Politik beim 26. Hambacher Disput „Was hält die Gesellschaft zusammen? Freiheit und/oder Solidarität?“ auf dem Hambacher Schloß bei Neustadt an der Weinstraße.

Bildungsministerin Doris Ahnen plädierte in ihrem Grußwort angesichts zunehmender Individualisierung dafür, eine solidarische Bürgergesellschaft zu entwickeln, die den Zusammenhalt in unserem Land stärkt und allen Bürgerinnen und Bürgern Zugehörigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglicht. Die Politik müsse alle ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, dass niemand wegen seiner sozialen Herkunft, wegen seiner Lebensform, seiner kulturellen oder religiösen Identität ausgegrenzt wird. Notwendig sei eine Kultur der Anerkennung: Die Menschen sollten in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer Mitmenschen zusammenleben können.

In seinem Einleitungsvortrag *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Bundesrepublik. Zur Lage und Funktion der gesellschaftlichen Mitte* legte dann Prof. Dr. Dr. H.c. Stefan Hradil, von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz eine Diskussionsgrundlage. In der **Podiumsrunde** „*Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Zeitalter von Globalisierung, Europäisierung und Individualisierung: Programmatische und praktische Antworten der Parteien*“ diskutierten die Landtagsabgeordneten Jürgen **Creutzmann**

(FDP), Marlies **Kohnle-Gros** (CDU) und Heike **Raab** (SPD). Es moderierte Dr. Dieter Schiffmann.

Den **Abschlussvortrag** hielt Prof. Dr. Wolfgang **Merkel** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zum Thema *Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch einen modernisierten aktiven Staat?*

Schirmherr des Hambacher Disputes ist Ministerpräsident Kurt Beck.